

's schMaNkerl!

>> # 5 – April/Mai 2013 <<



**Delogierungen
stoppen!**

Zur Praxis von Delogierungen in Wien

Wasserturm erhalten

Für ein Kulturzentrum abseits von Profitinteressen

1. Mai

Straßenfest in der Mühlfeldgasse ab 15 Uhr

<http://schmankerl.noblogs.org>
schmankerl@riseup.net

Von Delogierung betroffen?

Von Delogierung, auch Zwangsräumung genannt, betroffen zu sein ist nichts, wofür mensch sich zu schämen braucht. Im Jahr 2011 wurden allein in Wien 2.802 solcher Zwangsvollstreckungen durchgeführt.

Der Verlust der Wohnung kann viele Gründe haben. Es handelt sich nicht um individuelles Versagen, sondern um ein gesellschaftliches Problem – und keineswegs um ein Wiener Phänomen. Von Peking bis Mexiko City, von Berlin bis Johannesburg, überall werden Menschen aus Profitinteressen aus ihren Wohnungen und Häusern vertrieben. Steigende Mieten und Wirtschaftskrise verschärfen die Situation.

Wir sind eine Gruppe von Menschen, welche diese Zustände nicht länger hinnehmen wollen. Wir sind solidarisch mit Menschen, die von Delogierungen betroffen sind. Da uns diese Entwicklung alle betrifft, können wir auch nur gemeinsam daran etwas ändern.

Falls Sie oder Personen, die Sie kennen, von Delogierung betroffen sind und Unterstützung brauchen, kontaktieren Sie uns unter

delogierungenstoppen@riseup.net

Delogierungen verhindern! Verdrängung entgegentreten!

Um möglichst hohe Gewinne zu machen versuchen Hausbesitzer_innen oft, Mieter_innen los zu werden, weil sich entweder bei Neuvermietung eine wesentlich höhere Miete einnehmen lässt oder, und das passiert immer häufiger, weil die Wohnung als sanierte Eigentumswohnung noch viel mehr Profit verspricht.

Dabei sind die vorgebrachten Gründe für Kündigungen oft an den Haaren herbeigezogen oder schlicht erlogen, oder es werden teils lange zurückliegende Unregelmäßigkeiten bei der Mietzahlung herangezogen. So werden zum Beispiel bauliche Veränderungen, die lange vor dem Einzug passiert sind, auf einmal den jeweiligen Mieter_innen angelastet oder es wird schwer widerlegbares "unleidliches Verhalten" als Kündigungsgrund angegeben. Mieter_innen sehen sich bei der bestehenden Rechtslage rasch gezwungen, vor Gericht ihre Unschuld beweisen zu müssen, was ihnen auch aufgrund mangelnder Rechtskenntnis allzu oft nicht gelingt. Dann müssen sie ihre Wohnung verlassen bzw. werden geräumt.

Auch wer wirklich die Miete mal eine Zeit lang nicht rechtzeitig zahlen kann, auch wenn davor jahrelang korrekt bezahlt wurde, wird hinausgeworfen. Die Gerichte zögern nicht, Menschen auf die Straße zu setzen, denn das Recht der Eigentümer_innen ist verfassungsmäßig garantiert. Im Gegenzug zu einem Recht auf Wohnen. Da wird kein Unterschied gemacht, auch wenn die/der eine nur die Kleidung am Leib hat, und die anderen hunderte Häuser besitzen.

In Wien wurden im Jahr 2011 rund 2.800 Zwangsräumungen von Wohnungen durchgeführt, österreichweit rund 5.250. Familien mit Kindern werden genauso von der staatlichen Gewalt auf die Straße gesetzt wie alte und kranke Menschen.

Dieser Situation müssen wir uns nicht einfach hingeben! Schon vor vielen Jahrzehnten gab es in Zeiten verschärfter sozialer Konflikte immer wieder Bewegungen gegen Zwangsräumungen. In den letzten Jahren hat vor allem Spanien von sich reden gemacht – wo inzwischen teilweise Schlosser_innen, aber auch Feuerwehr und Polizei mancher Regionen sich geweigert haben, an Zwangsräumungen teilzunehmen. Kürzlich hat sogar der Europäische Gerichtshof die spanische Regelung zu Zwangsräumungen für ungültig

erklärt. Aber auch in Berlin entwickelt sich gerade eine Bewegung, die schon ein paar Räumungen verhindert bzw. Aussetzungen derselben erreicht hat. Die Aktionsformen reichen von Sit-Ins bei Eigentümer_innen/Firmen, kollektive Besuche bei staatlichen/städtischen Stellen, Demos in der Nachbar_innenschaft, permanente Zeltlager, Medienaktionen bis hin zu Sitzblockaden vor oder im Haus am Tag einer angesetzten Räumung. Und in den letzten Jahren geistert auch die fast vergessene Idee des Mietstreiks wieder durch die Welt.

Wir wollen auch in Wien anfangen, uns gegen Delogierungen zu organisieren. Dabei ist der Ansatz weniger, die klassische Rechtsberatung im gerichtlichen Verfahren zu ersetzen (wohl aber in diesem Prozess solidarisch zur Seite zu stehen und Informationen und Kontakte auszutauschen). Vielmehr wollen wir die größtenteils im Versteckten ablaufende Praxis der Delogierungen an die Oberfläche holen, um praktische Solidarität und Widerstand aufzubauen. Anknüpfungspunkte sehen wir also vor allem bei Fällen, wo sich Menschen ihre Wohnung nicht einfach wegnehmen lassen wollen, und sich über vielfältige Unterstützung von außen freuen.

Allein machen sie dich ein! Gemeinsam gegen Willkür von Eigentümer_innen und Gerichten! Wir bleiben alle!

Delogierungen in Wien

In der Wohnung war die behinderte Frau (Rollstuhl), ein Kleinkind, ein Baby und der Mann. Die 3 anderen Kinder waren in der Schule. Die Frau hat kein Wort Deutsch gesprochen, also gar nicht verstanden, was los war. Nachdem klar war, dass sie freiwillig die Wohnung nicht verlassen werden, wurde erst die Fürsorge geholt (die haben dann auch die Schulkinder von der Schule abgeholt) und dann die Polizei. (...) Jedenfalls ist es einfach traurig zu sehen, wie das Essen noch am Herd steht, die Wäsche in der Waschmaschine liegt, so als würde die Familie jeden Moment heim kommen. Die Eltern wohnen jetzt in einem Obdachlosenheim, die Kinder sind in der Obhut der Fürsorge und das Baby ist bei Pflegeeltern.

- so die anonyme Erzählung einer Mitarbeiter_in einer privaten Hausverwaltungsfirma über ihren ersten Delogierungstermin in einem Onlineforum.

Foreneinträge rund um das Thema Delogierung und Räumungsklagen in Wien finden sich im Internet leicht, etwa auf den Seiten www.gericht.at und www.wohnet.at, geschrieben meist von Betroffenen selbst, die das Internet als (letzte) Möglichkeit der Hilfesuche und Informationsgewinnung nutzen.

Wer ist betroffen?

Laut Volkshilfe Wien sind bei etwa 95% der Delogierungen Mietzinsrückstände der Grund für die Einleitung eines Verfahrens. Ab zwei Monaten Mietzinsrückstand können Vermieter_innen laut geltendem Mietrecht eine Räumungsklage beim Bezirksgericht einbringen.

Tendenziell ist der Anteil betroffener Haushalte in sozioökonomisch schwächer gestellten, d.h. ärmeren Bezirken wie Simmering, Meidling oder Margareten bedeutend höher als in reicheren Bezirken (z.B. Hietzing, Josefstadt oder Währing).

Eine Räumungsklage bedeutet noch nicht zwangsläufig den Verlust der Wohnung. Bei Gerichtsverfahren kann es beispielsweise zu einer Einigung kommen, indem die ausstehenden Mietzinse nachgezahlt werden. Im Falle einer Nichteinigung können die Eigentümer_innen einen Räumungsexekutionsantrag stellen, wenn sich die Mietpartei weigert auszuziehen. Räumungsexekutionsanträge liegen in Wien konstant bei etwa 7.000 Haushalten pro Jahr, aber sind seit 2001 leicht im Steigen. Konkret wurden im Jahr 2012 7.270 solcher Anträge eingebracht.

Um die Kosten einer Delogierung zu vermeiden, ziehen Betroffene oft

„freiwillig“ aus, ehe sie delogiert werden. Deshalb wurden im Jahr 2012 in Wien „nur“ 2.565 Haushalte tatsächlich aus ihrer Wohnung delogiert. Etwa 1.000 Fälle davon betrafen Gemeindebauwohnungen. Und während die Zahl der Delogierungen insgesamt rückläufig ist, hat sie in den Gemeindebauten in den letzten Jahren rapide zugenommen. Wurden im Jahr 2007 noch 676 Haushalte delogiert, so waren es 2011 bereits 994.

Offensichtlich helfen auch Einrichtungen wie FAWOS (eine Abteilung der Volkshilfe Wien, die sich als Krisenintervention bei drohenden Räumungen versteht) nicht mehr, wenn – wie gerade in Krisenzeiten wie jetzt – das Haushaltseinkommen nicht mehr für die Bezahlung der ständig steigenden Mieten und Lebenshaltungskosten ausreicht. Und über die Zahl der tatsächlich aus ihren Wohnungen Vertriebenen lässt sich nur spekulieren, denn bei „freiwilligem“ Auszug wird die Räumung obsolet und der „Fall“ findet nicht Eingang in die Statistik.

Zusammenfassend kann folgendes gesagt werden: Auch wenn die Zahl der tatsächlich Delogierte von 2.565 im Jahr 2012 weit unter jener von 20.525 liegt, die mit einer Räumungsklage konfrontiert sind, muss die Tatsache, dass mehr als 2.500

Haushalte in Wien jedes Jahr aus ihren Wohnungen delogiert werden, als eindeutiges Zeichen eines evidenten Problems gesehen werden. Besonderes Augenmerk sollte dem Gemeindebau – als Sektor mit steigenden Delogierungszahlen – gewidmet werden.

Profiteure

Eine besonders skurril anmutende Blüte der steigenden Zahl an Räumungsklagen in Wien ist die Herausbildung eines eigenen Dienstleistungssegments, das sich dem Thema Delogierungen in Form von spezialisierten Umzugsunternehmen widmet. Eine Internetrecherche führt zunächst zu einem Delogierungsanbieter mit dem paradoxen Namen „Luxusumzug“ und darauf zur Firma ATH Trans, die auf ihrer Homepage verspricht: „Zwangsräumung / Delogierung? Alles kein Problem, wir helfen Ihnen dabei!“ Auch das unschöne Wort „Bestandsfreimachung“ scheint inzwischen aus Deutschland nach Wien gekommen zu sein, wenn die Immobilienfirma und Bauträger „U.M.BAU“ auf ihrer Homepage mit der Abwicklung von Ausmietungen und eben jener Bestandfreimachungen für Hauseigentümer_innen wirbt.

Stark gekürzt und leicht verändert aus <http://urbanizm.net/>

Die Mühlen des Kommerz zermahlen das Sprießen der Kunst

Wer denkt, dass es nach 68 Jahren SPÖ-Herrschaft in der Leopoldstadt möglich wäre, nur den geringsten Ansatz einer kulturellen Entfaltung im Bezirk zu finden, irrt gewaltig. War der zweite Bezirk historisch betrachtet immer ein Ort kulturübergreifender Begegnungen und außergewöhnlichen künstlerischen Schaffens, so sieht heute die realitätsfremde Riege der betuchten Bonzen aus der Pseudopartei ihre einzige Aufgabe darin, sich selbst zu beweihäuchern. Der Prater war früher eine Sensation mit mannigfaltigen Attraktionen, mit exotischen Zirkussen wie der Show des berühmten Schlächters „Buffalo Bill“, William Cody, in der Lakota-Indianer ihr reitendes Können zum Besten gaben und Schlangenmenschen und vielerlei fahrendes Volk das noch nicht gänzlich zubetonierte Tor zur Inneren Stadt bevölkerten und belebten. Der zweite Hieb war Sammelpunkt und Schmelztiegel für Künstler_innen aus allen Teilen der Monarchie und darüber hinaus. Sogar der stets erfrischend subversiv traumtanzende Genius Nestroy fand hier sein Publikum, das es ihm mit Freude dankte, dass er hier seine Zelte aufschlug und nicht im noblen Ambiente der kaiserlichen Zwangsjacke, in der Inneren Stadt. Doch längst ist der

Wurstelprater zu einer Guillotine der Phantasie geworden. Die zahlreichen Glückspielhallen vertreiben jegliches Interesse am Außergewöhnlichen. Und seit der nekrophile Atem besagter Arbeiterpartei durch die alten Gassen streift wie einst der Hauch der Pest, wird jedes auch noch so zaghafte Keimen im Gift der Profitgier erstickt!

Am alten Bahnhofsgelände der Nordbahnstrecke, wo in den Pioniertagen der Eisenbahn der erste Zug vom Praterstern nach Deutsch Wagram rollte, befindet sich als Andenken an diese Zeit noch ein einsam in der postindustriellen Einöde verträumt dastehender Wasserturm, der zu Zeiten der Dampflokomotiven diese mit dem notwendigem Nass befüllte. Jahrzehnte schlummerte er der Vergessenheit anheimgefallen dahin und drohte, sich irgendwann in die hehren Gefilde von niemandem mehr gebrauchter Gebäude abzusetzen, um seine ewige Ruhe unter Seinesgleichen zu genießen. Doch soweit war es dann doch nicht, es sollte Menschen geben, die erhalten wollten, was da still und leise vor sich hin rottete. Menschen mit Schaffensfreude und Phantasie, die aus diesem Kleinod ein reges Zentrum für Kreativität und Kunst machen wollten.

Menschen, die hier einen geselligen Ort schaffen möchten, um Musiker_innen und anderen Künstler_innen eine Möglichkeit zu bieten, sich außerhalb des institutionalisierten Kulturbetriebs zu präsentieren. Daher befragte ich den ehemaligen Bezirksvorsteher Gerhard Kubik, erst seit Kurzem durch einen Parteigenossen abgelöst, über die Möglichkeit, hier etwas Produktives zu schaffen, welches das kulturelle Vakuum der Leopoldstadt mit einem Hauch an frohem Schaffen beleben könnte. Aber wie es nun die allgemeine ignorante Haltung besagter Partei ist, die lieber Millionen in Vorzeigeprojekte wie groteske und windschiefe Konzerthallen für die Wiener Sängerknaben verpulvert, wird dort eisern gespart, wo kein Profit mehr in die sinistren Kassen besagter Volksvertreter zu fließen droht. Statt Kulturbetrieb in Selbstverwaltung soll hier zu den ohnehin schon alles Land überwuchernden gastronomischen Ausbeutungshallen noch eine weitere hinzukommen, um den Hunger und Durst einer zahlungskräftigen Klientel zu stillen, denen frisches und lustvolles künstlerisches Schaffen ohnehin ein Dorn im Auge ist, da sie sich ja lieber mit dem Duft der großen Opernwelt imprägnieren wollen, um den modrigen Mief ihrer aktienbestickten Unterwäsche zu übertünchen. Und zu allem Überfluss soll im Keller des vor

Scham erblassenden Wasserturms eine Aufenthaltstätte für von der Jagd müde Angehörige der Wiener Linien eingerichtet werden, damit diese sich nach erfolgreicher Strecke so richtig zünftig laben können.

Ist es möglich, diesen Plan einer Partei zu verhindern, deren hauptsächliches Interesse seit vielen Jahrzehnten darin besteht, den düsteren Herrschaften mit dem geheimen Konto auf den Cayman Islands bis zum Ansatz ihrer vom stets nach unten tretenden hartgewordenen Fersen im Allerwertesten zu stecken, und deren einziges Ziel darin besteht, den gesellschaftlichen Status Quo einer sich immer mehr in extrem Arm und extrem Reich zersplitternden Gesellschaft mit allen Mitteln der Mumifizierungskunst aufrechtzuerhalten? Der freie Geist der Schaffensfreude hat in unserem Bezirk nur zaghaft gegen diese ehernen Basteien der Ignoranz geklopft, doch es wäre längst an der Zeit, mit der Kraft von alles durchdringendem Wurzelwerk die Bollwerke der geistig impotenten und ethisch verrotteten Sozialdemokratie zu sprengen, um jenseits von Kapitalinteressen auch im zweiten Bezirk wieder frei atmen zu können, ohne vom ekelerregenden und nach Fäulnis stinkenden Ungeist steinzeitlicher Polituntoter ständig gegängelt, zu RECHTSgestutzt und drangsaliert zu werden!

WAS IHR WOLLT...

Was wir wollen, das kann uns keine Regierung der Welt geben,
was wir wollen, das können wir nur selber machen.

Denn nur wenn wir die Dinge selber in die Hand nehmen,
kann das Ergebnis in unserem eigenen Interesse sein.

Was wir wollen, ist in Freiheit und Frieden leben,
ohne Ausbeutung und Herrschaft. Zusammen, auf Augenhöhe,
für das Wohl aller wollen wir tätig sein in der Welt,
und dabei die Freude nicht vergessen.

Wir wissen, dass das, was wir wollen den Profiteur_innen der
bestehenden Ordnung nicht in den Kram passt.

Umso mehr sind wir uns sicher.

1. MAI STRAßENFEST

MÜHLFELDGASSE

1020 MAZZES / WIEN